

# Heinz Theiler: «Solange es nicht «chlöpft», hoffen alle, dass es schon gut kommt»

Die Bevölkerung mache sich Sorgen um die Sicherheit. Dank seiner Petition könne sie dies Parlament und Bundesrat klarmachen.

Mit Heinz Theiler sprach Jürg Auf der Maur

**Sie lancieren eine Petition für die schnellere Aufstockung des Armeebudgets. Was soll das bringen?**  
Die Bevölkerung hat keine Möglichkeit, sich zur Stärkung der Verteidigungsfähigkeit zu äussern. Mit dieser Petition können die befürwortenden Bürgerinnen und Bürger dem Bundesrat und dem Parlament ihre Meinung kundtun. Wir haben letzten Sonntag gesehen, dass wir auf die Bevölkerung zugehen und ihre Meinung abholen müssen.

**Petitionen drohen doch in der Regel in der politischen Debatte zu versickern. Weshalb sollte das hier anders sein?**  
Weil das Geschäft zu wichtig ist für das Land, es die Menschen stark beschäftigt und damit keine Partizipialinteressen, wie zum Beispiel die Lohnerhöhung einer Branche, verfolgt werden. Wir tragen die Debatte aus dem Bundeshaus hinaus auf die Strasse – sie betrifft uns alle.

**Wäre ein Vorstoss oder eine Initiative nicht besser gewesen?**  
Ständerat Salzmann und Nationalrat Addor haben beide je einen Vorstoss zur schnelleren Finanzierung eingereicht. Noch mehr Vorstösse hätten nur die Verwaltung beschäftigt, zumal ich bei Addor mitunterzeichnet habe. Wir wollen, dass die Bevölkerung mit ihrer Unterschrift ein Zeichen setzen kann. Eine Initiative käme viel zu spät an die Urne – wir müssen das Geld jetzt bereitstellen!

**Sind Sie alleine mit dieser Petition? Oder haben Sie Mitstreiter und Mitstreiterinnen im Parlament gefunden?**  
Natürlich bin ich nicht alleine, das Anliegen wird von Fraktionskolleginnen und -kollegen sowie vom Parteipräsidenten unterstützt. Aber jemand musste die aufwendige Organisation anpacken, und es soll ja eine überparteiliche Bewegung werden. Es geht darum, dass die Bevölkerung in dieser Fragestellung abgeholt wird.

**Sie wollen, dass die Armee bereits ab 2030 und nicht erst ab 2035 mehr Geld bekommt. Haben Sie Angst, dass ein Angriff – von Putin – droht?**  
Es geht nicht darum, ob ich persönlich Angst habe. Die Sicherheitsexpertinnen und -experten sind sich einig, dass unruhige Zeiten bevorstehen. Die Osteuropa-Kenner berichten, dass die bal-

## Zur Person

**Name:** Heinz Theiler  
**Geburtstag:** 12. November 1970  
**Familie:** 2 erwachsene Söhne, geschieden  
**Wohnort:** Goldau  
**Beruf:** eidg. dipl. Carrosseriespenglermeister, Nationalrat  
**Hobbys:** Skifahren, Mountainbiken, Lesen, Wandern, Segeln, Reisen  
**Lieblingsgetränk:** Mineralwasser  
**Lieblingssessen:** Entrecôte  
**Dahin zieht es mich regelmässig in die Ferien:** Engadin, Mittelmeer  
**Diese App brauche ich täglich:** Whatsapp



Nationalrat Heinz Theiler, FDP Schwyz, im Gespräch im Bundeshaus mit seiner Zürcher Parteikollegin Bettina Balmer.

Bild: PD

tischen Staaten seit zwei Jahren in Alarmbereitschaft stehen. Nun sind Schweden und Finnland hinzugekommen. Diese Entwicklungen betreffen auch uns: Sollte Russland in einem der baltischen Staaten einmarschieren, kann der Nato-Artikel 5, also die Auslösung des Verteidigungsbündnisses, zum Tragen kommen. Dann stehen die Länder um uns herum im Krieg.

«Wir müssen das Geld jetzt zur Verfügung stellen.»

### Das hiesse?

Es ist unsere Aufgabe als Parlamentarier und Mitglieder der Sicherheitspolitischen Kommission, diese Berichte ernst zu nehmen und die notwendigen Massnahmen zu treffen, um unser Land und die Bevölkerung verfassungsgemäss zu schützen. Dazu gehört dringend die Stärkung der Verteidigungsfähigkeit unserer Armee.

### Ist denn eine Verzögerung der Finanzierung so schlimm?

Die Systeme, also Panzerfahrzeuge, Kommunikationssysteme, Artillerie und Flugabwehr, sind bereits jetzt an ihrem Lebensende angelangt. Wir unterhalten und pflegen Oldtimer in der Armee. Niemand möchte seine dienstpflichtigen Kinder in Oldtimern zur Verteidigung an der Grenze wissen.

### Was passiert sonst?

Diese Erneuerungen, die im öffentlich zugänglichen Strategiepapier «Die Verteidigungsfähigkeit stärken» aufge-

führt sind, müssen jetzt angepackt werden, damit sie ab 2027 schrittweise umgesetzt werden können. Die Beschaffungs- und Finanzierungsdauer ist eine Herausforderung. Wird das Geld jetzt nicht gesprochen, kann die Armee nicht beschaffen. Ohne die Erhöhung der Finanzen auf 1 Prozent des BIP bis 2030 fehlen 11,2 Milliarden Franken für die Beschaffung von Material für das Heer. Das bedeutet, dass das Heer Ende der 2020er-Jahre im Verbund nicht mehr funktioniert.

### Was macht Sie so sicher, dass in der Bevölkerung anders gedacht wird als in der Politik?

Die Bevölkerung denkt nicht in politischen Ränkespielen, sie steht mitten im Leben, macht sich Sorgen um ihre Familien und die Sicherheit des Landes. Sie fragt sich, ob sie die Broschüre zur privaten Bevorratung des Bundesamtes für Landesversorgung vielleicht doch lesen soll. Das sind die Rückmeldungen, die mich aus der Bevölkerung erreichen. Zudem zeigt die jährliche Bevölkerungsbefragung der ETH dasselbe Bild. Der nächste Bericht mit den aktuellen Umfrageergebnissen erscheint am 26. März. Ich bin überzeugt, dass wir auf der Linie eines grossen Teils der Bevölkerung liegen.

### Es gibt doch nicht nur das Recht der Bevölkerung auf Verteidigungsfähigkeit, sondern auch das Recht auf gesunde Bundesfinanzen. Dem Staat nützt es nichts, wenn er pleitegeht.

Dieses Spannungsfeld kennt die Schweiz seit 1848, damals noch unter dem Eindruck des Sonderbundskriegs, des letzten Bürgerkriegs in unserem Land. Die Regierung war damals überzeugt, dass ein Staat seine hart erlangte Freiheit muss verteidigen können und dass das Geld kostet. Die Wehrbereitschaft ist auch ein Teil der Selbstverantwortung,

welche die Bevölkerung zur Gemeinschaft beitragen kann. Ich bin sicher, unsere Schweizerinnen und Schweizer sind sich dessen bewusst und sind bereit, das Geld dafür aufzubringen, ohne die Schuldenbremse anzutasten.

### Trotz allen Gefahren: Die Forderung steht doch quer in der Landschaft. Sparen ist derzeit die Devise – erst recht seit dem Abstimmungswochenende.

Dass die angespannte Sicherheitslage auf eine angespannte Finanzlage trifft, ist unglücklich. Aber es ist jetzt so, und wir müssen diesen Zielkonflikt politisch lösen. Finanzpläne sind immer eine Frage der Priorisierung, und jetzt steht die Sicherheit zuoberst: Ohne Sicherheit gibt es keine florierende Wirtschaft, keine Freiheit und keinen Frieden.

«Wir liegen auf der Linie der Bevölkerung.»

### Das Parlament hat sich im letzten Herbst sicher etwas überlegt, als es sich für eine spätere Finanzierung aussprach.

Wie wir alle wissen, ging es um eine Stimme, die uns fehlte. Offenbar war es dem Parlament zu wenig bewusst, was die Reaktionen der letzten Wochen deutlich gezeigt haben. Einige Parlamentarierinnen haben öffentlich kundgetan, dass sie anders gestimmt hätten, wenn sie das gewusst hätten. Und das, obwohl Bundespräsidentin Viola Amherd sowie Armeechef Thomas Süssli seit Monaten deutlich warnen. Solange es nicht

«chlöpft», hoffen alle, dass es dann «scho guet chunnt». Dass man aber aktiv etwas dagegen unternehmen könnte, damit es gut kommt, wird manchmal schlichtweg falsch verstanden.

### Wie meinen Sie das?

Spricht man über die oben erwähnten Szenarien, wird einem Angstmacherei vorgeworfen. Setzt man sich aus diesem Grund für die Beschaffung von Panzern und Artillerie ein, wird man als Kriegstreiber bezeichnet. Es ist immer schwierig, komplexe Sachverhalte in der Aufmerksamkeitsspanne von zwei Sätzen zu erklären. Das reicht meistens nicht. Und die Adressatinnen und Adressaten befinden sich mit dem Kopf in der Welt ihrer Alltagsprobleme. So kommt die Botschaft oft nicht an.

### Wie wollen Sie das Geld beschaffen für das schnellere Aufstocken?

Das Geld soll im ordentlichen Budget eingestellt werden. Die Aufgabe der Sicherheitspolitik ist, auf mögliche Szenarien vorbereitet zu sein. Die Aufgabe der Finanzpolitik ist, Vorschläge zur Finanzierung zu machen. Am besten setzen wir uns alle an einen Tisch und «beineln» das Budget mit den Entscheidungsträgern bis in die tiefe Nacht hinein aus. So, wie es Kaspar Villiger in den 1990er-Jahren gemacht hat.

### Wäre es nicht besser, Kooperationen etwa mit der EU oder der Nato zu suchen, wobei die Neutralität gewährleistet werden sollte?

Zu glauben, man könne nur mit einer Kooperation – notabene ohne eigene Armee – ein Sicherheitsdispositiv aufrechterhalten, ist Träumerei. Als souveräner Staat ist es in unserem ureigenen Interesse, es unsere Staatsaufgabe, eine eigene Armee zu haben – die aber im Verbund zusammenarbeitet: das eine tun und das andere, im Rahmen unserer Neutralität, nicht lassen.